

Normal? - Die notwendige Verunsicherung!

Am 07.01.2022 wurde es kontrovers beim mennoForum. Es diskutierten miteinander Ulrike Auga, Professorin für Missions-, Ökumene- und Religionswissenschaft an der Universität Hamburg, Daniel Kaiser, Leiter der Kulturredaktion des Radiosenders NDR 90,3 und Leo Roepert, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Sozialökonomie, Universität Hamburg. Sie machten den Titel der Veranstaltung zum Programm: "Was ist normal? Verunsicherte Sprache – Normalität als gesellschaftlicher Streitfall". Im Zentrum stand hierbei die Frage nach der Macht von Sprache und ihrem Zusammenhang mit Gewalt.

Ulrike Auga lieferte in ihrem Einführungsvortrag wichtige theoretische Hintergründe für die Diskussion. Wir lernten von der poststrukturalistischen und postkolonialen Theorie, dass Wahrheit und das, was wir für normal halten, nicht einfach gegeben vorliegt, sondern immer erschaffen, konstruiert werde. Dadurch veränderte sich die notwendige Frage: Nicht, was ist normal?, sondern wie entsteht das, was wir für normal halten? Hierbei wurde schnell deutlich, dass es immer auch um Macht geht. Wer entscheidet? Wer wird ausgeschlossen? Es wird von „epistemischer Gewalt“ gesprochen, wenn bestimmte Perspektiven von vornherein nicht Teil dieses Aushandlungsprozesses sind. Sprache spiele hierbei eine wichtige und eine ambivalente Rolle, denn durch sie werde Wirklichkeit hergestellt, sie beeinflusse unser Denken und Handeln. Auf der einen Seite kann Sprache gewaltförmig werden, indem sie Ungerechtigkeit oder Unterschiede festschreibt und herstellt. Durch Sprache können Menschen festgelegt werden auf vermeintlich klare Identitäten. Hier gelte es zu dekonstruieren, also aufzuzeigen, wie solche Verkürzungen funktionieren. Auf der anderen Seite kann Sprache auch Gewalt überwinden, sie kann daran mitwirken, neue Wirklichkeit zu erschaffen.

Gleich zu Beginn prallten die Perspektiven bei der Frage nach gendergerechter Sprache aufeinander. Daniel Kaiser berichtete, auch im öffentlichen Rundfunk seien sie auf der Suche und bemühten sich um eine sensibilisierte Sprache, doch spiele auch die Ästhetik eine wichtige Rolle. Er stellte kritisch infrage: Können wir mit Sprache eine bessere Welt schaffen? Er sei dafür, dass Ungerechtigkeit und Gewalt abgebaut werden müssen. Aber könne das ein Gendersternchen leisten? Frau Auga betonte daraufhin, dass es darum gehe, eine Vielfalt, über die binären Kategorien männlich/weiblich hinaus, sichtbar zu machen, die mittlerweile auch rechtlich verankert sei. Die Frage nach der Ästhetik sei hierbei eben nicht neutral. Mit dem Wissen um die Entstehung von Bedeutung sollte eher gefragt werden, warum wir was als ästhetisch oder normal empfinden und was nicht? Wer entscheidet darüber?

Leo Roepert betonte hierzu, dass es wichtig sei, nicht auf der sprachpolitischen Ebene zu stagnieren, sondern auch die dahinterliegenden Ebenen im Blick zu behalten: Die politische und ökonomische Ebene der Gewalt. Auch wenn diese verschiedenen Ebenen miteinander verwoben seien, gehe es um eine Veränderung der Verhältnisse. Dies bekräftigte auch Frau Auga: Sprache sei *eine* Möglichkeit darauf hinzuwirken, und zwar eine, die allen Menschen zugänglich sei.

Kritisch wurde die Rolle der Medien diskutiert. Daniel Kaiser berichtete aus der Redaktion, dass sie mit ihren Beiträgen Vielfalt abbilden wollen und es das Ziel sei, Menschen aus ihren Filterblasen heraus mit anderen Themen zu konfrontieren. Um die Menschen zu erreichen, ohne als belehrend empfunden zu werden, sei es jedoch wichtig, so zu sprechen wie die Menschen sprechen. Man könne nicht eine bestimmte Sprache von den Medien verlangen. Neben der hierbei sicherlich auch zu hinterfragenden Marktorientierung sei jedoch auch zu bedenken, so Ulrike Auga: Hat nicht gerade der öffentliche Rundfunk auch einen Bildungsauftrag?

Ist die Sehnsucht nach Normalität aber nicht ein menschliches Grundbedürfnis? Diese Frage klang noch aus dem letzten mennoForum nach. Leo Rupert verdeutlichte nochmals, dass Normalität niemals "unschuldig" sei. Es müsse gefragt werden: Wie wurde diese hergestellt, auf wessen Kosten vielleicht?

Es gehe dabei um Normsetzung, Normalisierung und damit um Kontrolle. Denn Normalität könne vielfältig gefüllt werden. Anhand der AFD Wahlkampfplakate "Deutschland, aber normal" (2020) lässt sich zeigen, dass die Rede von Normalität eine bestimmte Funktion erfülle: Im Rechtspopulismus werde eine vermeintlich gute alte Ordnung konstruiert, in der klare Verhältnisse herrschten. Durch die sprachliche Setzung von bestimmten Stereotypen werden Feindbilder und "Normalität" hergestellt. Die Suche nach neuer Sprache ist nicht einfach. Neben klar problematischen Begriffen, die rassistisch/sexistisch aufgeladen sind, herrscht eine große Unsicherheit. Was sollte, was darf Mensch sagen, was sind die "richtigen" Begriffe?

Als „Praxisbeispiel“ war dieses Mal Josy Kaiser, evangelische Theologiestudentin und Mitarbeiterin an der ATF, zu Gast. Inmitten der hitzigen Diskussion sprach Sie über ihre persönlichen Erfahrungen. Die Sprache sei es, die Sie verraten würde: Sie komme aus "Ostdeutschland". Automatisch gingen da Schubladen auf und man werde mit Zuschreibungen und Vorurteilen konfrontiert. Obwohl sie, 25 Jahre jung, im wiedervereinigten Deutschland groß wurde, spiele die ehemalige Grenze noch eine Rolle in den Köpfen der Menschen, wobei Westdeutschland die Norm vorgebe. Vorurteile gebe es jedoch auf beiden Seiten. Das Gefühl vermittelt zu bekommen nicht normal zu sein, sei verletzend und stelle einen in Frage. Sie habe aber auch gelernt, mit Humor darauf zu reagieren.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde betont, dass es wichtig sei, bei der Frage nach vermeintlicher Normalität auch über Privilegien zu reden, die aufgegeben werden müssten. Diskutiert wurde, ob nicht eine komplexere Sprache auch neue Ausschlussmechanismen schaffe, gerade für Nichtmuttersprachler:innen. Auf der anderen Seite liege hier auch eine Chance: Etwas von Anfang an zu lernen sei viel einfacher, als gewohnte Sprechmuster mühsam verlernen zu müssen.

Wie wirkmächtig Sprache ist, lässt sich im Nachgang zum Abend gut feststellen: So wurde von „Verordnungsmentalität“, elitärem "Bubbeldenken" und „Aggressivität“, „Übergriffigkeit“ gesprochen. Diese Worte hallen nach. Aber sie verdecken das, worum es geht: Wie viel Veränderung müssen wir uns zumuten? Wenn marginalisierte Gruppen beanspruchen mitzubestimmen, was normal sei, Teilhabe und Repräsentation einfordern, dann bedeutet dies natürlich Verschiebungen. Wer hat die Deutungsmacht? Sicherlich kann konstruktiver gestritten werden, auf der anderen Seite zeigte sich beim mennoForum par excellence: Veränderung bedeutet Verunsicherung. Veränderung stößt immer auf Widerstand. Das Vertraute aufzugeben ist ungemütlich. Aber wenn wir als Gesellschaft wirklich inklusiver werden wollen, Gewaltstrukturen hinter uns lassen wollen, dann müssen wir uns verunsichern lassen. Das ist kompliziert, wir brauchen Fehlertoleranz und Humor - und den Mut neue Zeichen zu setzen.

Julia Freund (Wiss. Mitarbeiterin an der ATF, Uni Hamburg)